

Sehr geehrte Frau Präsidentin/ sehr geehrter Präsident,

meine sehr geehrten Damen und Herren.

Was liegt uns heute als Beschlussempfehlung vor?

Es liegt uns ein Entschließungsantrag der CDU/FDP Koalition vor, dem man im Ergebnis nicht ansieht, das eine eingehende Anhörung stattgefunden beziehungsweise, die Ergebnisse dieser Anhörung mit eingeflossen sind.

Erinnern wir uns: Ende 2008 hat die Regierungsmehrheit in ihrem Antrag als ersten Punkt einen Bericht gefordert, mit welchen Maßnahmen die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung durch die Kassenärztliche Vereinigung unterstützt werden kann.

Das haben sie jetzt in der Beschlussempfehlung wiederholt.

Ich weiß ja nicht bei welcher Anhörung sie dabei waren, zu gehört haben sie jedenfalls nicht.

Die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen hat schon im Juni 2008 einen detaillierten Bericht schriftlich vorgelegt und die gewünschte Unterstützung von der Seite des Landes zusätzlich in der Anhörung absolut plausibel dargestellt.

Aber davon ist in ihrem Antrag leider nichts zu finden.

Machen wir uns also noch einmal klar: die Frage der Niederlassung von und der flächendeckenden Versorgung mit Ärzten liegt in der Zuständigkeit der KV`n und nicht im Sozialministerium.

In der Anhörung kam auf die Frage von meinem Kollegen Schwarz, nach unterstützenden Handlungsfelder die in der direkten Zuständigkeit des Landes liegen, eindeutig und unmissverständlich die Antwort: es gibt keine, jedenfalls keine, die in dem Antrag stehen.

Diese Antwort, es gibt keine, gab es von den kommunalen Spitzenverbänden, von den Verbänden der gesetzlichen Krankenkassen, hier nur einmal als Beispiel erwähnt.

Bei zwei Punkten in ihrem Antrag stimmen wir ihnen zu:

Der erste Punkt ist die zentrale Bedeutung der Hausärzte für eine leistungsfähige, patientennahe und flächendeckende Versorgung mit allen notwendigen ambulanten Leistungen in Niedersachsen.

Der Zweite Punkt ist die Förderung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Aber stellen sie sich doch bitte mal selber die Frage, warum immer weniger Ärztinnen und Ärzte und auch andere Akademiker sich nicht mehr auf dem Land niederlassen.

Dann schauen sie sich im Gegenzug doch bitte ihre derzeitige Schulpolitik und ihre unterstützenden Maßnahmen für die Kommunen in den Punkten Kinderbetreuung doch an.

Ich werde dies an dieser Stelle nicht weiter ausführen, obwohl es viel dazu zu sagen gäbe.

Für uns, der SPD Fraktion, gilt im Übrigen der Grundsatz: jeder Frau oder jedem Mann, die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu geben.

Das muss in einem Antrag nicht gesondert aufgeführt werden, weil es in der heutigen Zeit, eine Selbstverständlichkeit sein sollte.

Insgesamt gesehen können und werden wir ihrem Antrag nicht zu stimmen.

Wenn Sie etwas Konstruktives für die Versorgung mit Hausärztinnen und -ärzten in unserem großen Flächenland tun wollen, dann stimmen sie unserem Änderungsantrag zu.

Erkennen sie das Prinzip der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen an.

Die lückenlose Versorgung mit allen notwendigen ambulanten medizinischen Leistungen liegt in den Händen der Kassenärztlichen Vereinigung.

Wie gesagt, KV Niedersachsen hat schon im Juni 2008 einen detaillierten Bericht zur Lage der Versorgung in Niedersachsen vorgelegt.

Handeln sie auf dieser Grundlage.

Notwendig ist ein gemeinsames Handlungskonzept vom Sozialministerium, der KVN und den kommunalen Spitzenverbänden zur Sicherung und Weiterentwicklung einer kompetenten, ortsnahen und flächendeckenden Versorgung mit hausärztlichen Leistungen in Niedersachsen.

Ergreifen sie in diesem Konzept Maßnahmen und Initiativen, um zumindest mittelbar die hausärztliche Versorgung in Niedersachsen stärken.

Wir brauchen eine Reform bei der Vergabe von Medizinstudienplätzen, und zwar bei den Studentinnen und Studenten, die sich zu einer hausärztlichen Zulassung in Niedersachsen verpflichten.

Fördern sie den Ausbau der Lehrstühle für Allgemeinmedizin an den Medizinischen Hochschulen.

Etablieren wir ein Anreizsystem an den Hochschulen für die Förderung der Allgemeinmedizin, zum Beispiel in Form von Stipendienfonds.

Wir brauchen eine Steigerung der Weiterbildungsstellen für Hausärztinnen und Hausärzte an allen niedersächsischen Krankenhäusern.

Investieren wir in den Aufbau spezieller Existenzgründer und insbesondere Existenzgründerinnenprogramme. Warum insbesondere Existenzgründerinnen, weil über 50 % der Medizinstudierenden Frauen sind.

Setzen sie sich auf Bundebene für eine starke regionalisierte Versorgungsplanung durch den Gemeinsamen Bundesausschuss ein. Damit eine möglichst ortsnahe Versorgung der Bevölkerung auch in den ländlichen Regionen in unserem großen Flächenland gegeben ist.

Das sind alles Punkte, die in dem Papier der KVN und auch in der Anhörung deutlich zum Ausdruck gebracht worden sind.

Wenn Sie tatsächlich etwas für die Sicherung der hausärztlichen Versorgung tun wollen, stimmen sie unserem Änderungsantrag zu.

D A N K E